

# Newsletter

## Tirol-Büro Brüssel



### Themen in dieser Ausgabe

#### Thema der Woche

- [Debatte über die Zukunft der Gemeinsamen Agrarpolitik](#) 2

#### Neues aus den Institutionen

##### Europäisches Parlament

- [EP-Ausschuss stimmte über Wegekostenrichtlinie ab](#) 3
- [Zuckerberg im Europäischen Parlament zu Datenskandal](#) 3

##### Rat der Europäischen Union

- [Ergebnisse des Rats für Auswärtige Handelsangelegenheiten](#) 4
- [Weitere Ratsbeschlüsse zu Kfz-Regulierung, Bioanbau und Abfallpaket](#) 4

##### Europäische Kommission

- [Digitalisierung in der EU: Österreich bleibt im guten Mittelfeld](#) 5
- [Klagen gegen Mitgliedstaaten wegen zu hoher Luftverschmutzung](#) 5
- [Kommission stellt neue Innovationsstrategie vor](#) 6
- [Wirtschaftspolitische Empfehlungen der Kommission](#) 6

##### Sonstiges

- [EuG-Urteil geht zu Gunsten der Bienen aus](#) 7

**Laufende Konsultationen** 8

**Tagesordnungen der Institutionen** 9

**Impressum und Abbildungsverzeichnis** 9

Gemeinsame Vertretung der  
Europaregion Tirol-Südtirol-  
Trentino bei der EU

*Tirol-Büro Brüssel*  
*Rue de Pascale 45–47*  
*B-1040 Brüssel*

*Tel.: 0032 2 743 27 00*  
*Fax: 0032 2 742 09 80*  
*E-Mail: [info@alpeuregio.eu](mailto:info@alpeuregio.eu)*



# Thema der Woche

## Debatte über die Zukunft der Gemeinsamen Agrarpolitik

Der Parlamentsausschuss für Landwirtschaft und ländliche Entwicklung (AGRI) verabschiedete eine Reihe von Vorschlägen zur Reform der Gemeinsamen Agrarpolitik (GAP).



In der [Debatte](#) war man sich einig, dass den Mitgliedstaaten erlaubt werden soll, die Landwirtschaftspolitik an ihre Bedürfnisse anzupassen. Explizit abgelehnt wurde die drohende Renationalisierung der GAP, da dies nach Ansicht der Abgeordneten zu Wettbewerbsverzerrungen im Binnenmarkt führen könnte.

Ziel soll es weiterhin sein, die hohen Standards auf alle landwirtschaftlichen Tätigkeiten EU-weit anzuwenden, während finanzielle Unterstützungen fair über alle Mitgliedstaaten hinweg

vonstattengehen sollen. Zusätzlich vorgeschlagen wurden mehr Maßnahmen, die LandwirtInnen in Krisensituationen unter die Arme greifen und beim Markteintritt unterstützen.

„Wir brauchen ehrgeizige Ziele für die zukünftige EU-Agrarpolitik. Wir müssen eine sichere Versorgung der BürgerInnen mit hochwertigen Lebensmitteln, eine bessere Unterstützung für junge und neue LandwirtInnen sowie für neue Familienbetriebe gewährleisten, um die Wettbewerbsfähigkeit unserer LandwirtInnen zu erhöhen. Dies können wir durch eine intelligentere und innovativere Landwirtschaft erreichen, die auf Marktschwankungen vorbereitet ist. Dies geht nur, wenn die GAP wirklich „gemeinsam und gut finanziert bleibt“, so der Südtiroler Europaabgeordnete und EP-Berichterstatter Herbert Dorfmann.

[Mehr Informationen](#)



# Europäisches Parlament

## EP-Ausschuss stimmte über Wegekostenrichtlinie ab

**Am 24. Mai stimmte der Ausschuss für Verkehr und Tourismus (TRAN) über die Gesetzesinitiative zur überarbeiteten Wegekosten-Richtlinie (Eurovignetten-Richtlinie) ab.**

Bei dem Voting ging die Abstimmung zugunsten des eingebrachten Gesetzesentwurfs aus. Wie berichtet (vgl. [Tirol in Europa 19-18](#)), sieht der Vorschlag weitreichende Veränderungen vor.

Die Richtlinie weitet die EU-Vorgaben für Mautsysteme von LKWs auf PKWs aus und will diese einem einheitlichen, entfernungsbasierten Ansatz zugrunde liegen. Außerdem sieht der Vorschlag eine größere Flexibilität bei der Festlegung der Gebühren für externe Kosten wie Luftverschmutzung und die Differenzierung nach CO<sub>2</sub>-Emissionen der Fahrzeuge vor.

Aus Tiroler Sicht ist der verabschiedete Entwurf insofern problematisch, da er keine expliziten Bestimmungen zu einer Korridormaut beinhaltet, die Einbeziehung externer Kosten unzufriedenstellend ist und regionale Faktoren zu wenig berücksichtigt werden.

Die Vorlage wird nun an das Plenum weitergeleitet, wo sie demnächst zur Debatte und Abstimmung kommen soll.

[Mehr Informationen](#)

## Zuckerberg im Europäischen Parlament zu Datenskandal

**Am 22. Mai 2018 stellte sich Facebook-Gründer und CEO, Mark Zuckerberg, auf Einladung von Parlamentspräsident Antonio Tajani den Fragen der FraktionsführerInnen der EP-Fraktionen.**

Anlass der öffentlich übertragenen [Anhörung](#) war der Datenskandal rund um Cambridge Analytica (CA), das Zugang zu Daten von über 87 Mio. NutzerInnen weltweit bekam. Der Firma wird unter anderem vorgeworfen, diese Daten unerlaubt zur Beeinflussung der US-Präsidentenwahl 2016 verwendet zu haben. Inzwischen musste CA Insolvenz anmelden.

Bei der Anhörung wollten die Abgeordneten unter anderem von Zuckerberg wissen, ob CA nur die „Spitze des Eisbergs“ (Weber) sei, Facebook (FB) nun komplett die neuen DSGVO-Bestimmungen befolgt, und wie FB gegen Fake News vorgehen will, die „unsere Demokratien zerstören“ (Verhofstadt).

Zuckerberg führte aus, welche Maßnahmen FB seither schon getätigt hat, und versicherte, dass

eine Verwendung von Daten wie durch CA mit den neuen Regeln nicht mehr möglich sei. FB will vor allem mithilfe von künstlicher Intelligenz seine Kapazitäten ausbauen, um unerwünschte Inhalte schon proaktiv von der Plattform zu nehmen, bevor NutzerInnen diese überhaupt wahrnehmen können.

Die FraktionsführerInnen waren sichtlich unzufrieden mit den eher allgemeinen Antworten Zuckerbergs. Udo Ballmann meinte beispielsweise im Anschluss an die Anhörung: „Das war zu kurz, das war zu flach, das war nicht substantiell genug“. Man konnte sich immerhin darauf einigen, dass Facebook den umfangreichen Fragenkatalog so bald wie möglich nochmal schriftlich beantworten wird.

[Mehr Informationen](#)



# Rat der Europäischen Union

## Ergebnisse des Rats für Auswärtige Handelsangelegenheiten

Bei ihrer Ratssitzung vom 22. Mai 2018 verabschiedeten die EU-HandelsministerInnen eine Reihe von Beschlüssen zu zukünftigen EU-Handelsabkommen.

Dabei beschlossen die MinisterInnen die Aufnahmen von Verhandlungen mit Australien und Neuseeland für ein Handelsabkommen. Die EU erwartet sich dabei vor allem wirtschaftliche Vorteile für die Export-Sektoren Kraftfahrzeuge, Maschinenanlagen, Chemikalien und industriell verarbeitete Lebensmittel.

Beschlossen wurde auch die zeitnahe Umsetzung der fast fertigen Handelsabkommen mit Singapur und Japan. Außerdem angenommen wurden neue [Regeln](#) zum Umgang mit zukünftigen Verhandlungen über EU-Handelsabkommen.

Zudem debattierte der Rat über seine Position zum drohenden Handelskonflikt mit den USA. Derzeit steht die Kommission in Verhandlungen mit den USA für langfristige Ausnahmeregelungen zu den US-Zöllen auf Aluminium und Stahl. Die derzeitige Ausnahmeregelung läuft zum 1. Juni aus. Festgehalten wurde, nicht unter Drohungen zu verhandeln, aber den USA die Hand zu reichen für offene Gespräche zum zukünftigen Handelsverhältnis, sofern diese die EU von den Zöllen ausnimmt.

[Mehr Informationen](#)

## Weitere Ratsbeschlüsse zu Kfz-Regulierung, Bioanbau und Abfallpaket

Am 22. Mai hat der Rat die Verordnung zur Regulierung der Autoindustrie, neue Regeln zum Bioanbau und das kürzlich verabschiedete Abfallpaket formal verabschiedet.

Die [Verordnung über die Reform des EU-Systems für die Typgenehmigung und Marktüberwachung von Kraftfahrzeugen](#) modernisiert das gegenwärtige System und verbessert die Kontrolltests für Kfz-Emissionen. Änderungen gibt es bei der Qualität der Prüfungen von Emissionstests bei Fahrzeugen, der Marktüberwachung zur Kontrolle der Konformität von Fahrzeugen, die bereits auf dem Markt verfügbar sind, und der Aufsicht über das Typgenehmigungsverfahren.

Die neuen [Regeln zum Bioanbau](#) sehen u.a. eine Vereinfachung der Produktionsbestimmungen, eine Stärkung der Kontrollmechanismen und die Einführung von Gruppenzertifizierungen vor.

Das [Abfallpaket](#) verpflichtet die Mitgliedstaaten, die Anteile von Siedlungsabfällen, die recycelt werden, bis 2035 auf 65 % zu erhöhen. Außerdem eingeführt werden müssen getrennte Sammlungen für Textilien.



# Europäische Kommission

## Klagen gegen Mitgliedstaaten wegen zu hoher Luftverschmutzung

**Die Kommission hat am 17. Mai 2018 wegen zu hoher Luftverschmutzung Klage u.a. gegen Deutschland, Frankreich und das Vereinigte Königreich beim EuGH eingelegt.**

Die betreffenden Mitgliedstaaten haben die seit 2010 verbindlich vereinbarten Grenzwerte für die Luftqualität nicht eingehalten und auch nach mehrmaligen Ermahnungen keine geeigneten Maßnahmen ergriffen. Laut dem Bericht werden vor allem in den großen Städten dieser Länder seit Jahren die Grenzwerte für Stickoxide und Feinstaub überschritten.

Außerdem ermahnte die Kommission Deutschland, Italien, Luxemburg und das Vereinigte

Königreich wegen ihrer zu zögerlichen Reaktion nach den Verstößen gegen die EU-Vorschriften für die Typgenehmigung von Fahrzeugen im Zuge des Dieselskandals. Nach Ansicht der Kommission würden die genannten Staaten nicht „über wirksame, verhältnismäßige und abschreckende Sanktionssysteme verfügen, um Autohersteller davon abzuhalten, gegen geltendes Recht zu verstoßen“.

[Mehr Informationen](#)

## Kommission stellt neue Innovationsstrategie vor

**Unter dem Titel „Eine erneuerte Europäische Agenda für Forschung und Innovation - Europas Chance, seine Zukunft zu gestalten“ hat die Kommission ihre neue Innovationsstrategie vorgestellt.**

Die [Strategie](#) beinhaltet konkrete Maßnahmen für eine erhöhte Innovationsfähigkeit Europas, darunter u.a. die Einrichtung eines Europäischen Innovationsrates, der die zentrale Anlaufstelle für Technologien mit großem Potenzial und bahnbrechendem Charakter sein soll. Des Weiteren will sie vielschichtige Forschungs- und Innovationsaufträge mit anspruchsvollen und

ehrgeizigen Zielen sowie einem starken europäischen Mehrwert starten. Die Bandbreite könnte von der Bekämpfung von Krebserkrankungen über den sauberen Verkehr bis zu plastikfreien Meeren reichen.

[Mehr Informationen](#)



# Europäische Kommission

## Wirtschaftspolitische Empfehlungen der Kommission

**Am 23. Mai hat die Kommission ihren diesjährigen länderspezifischen Empfehlungsbericht zur Wirtschaftspolitik der Mitgliedstaaten präsentiert.**

Der Bericht soll den Mitgliedstaaten eine Hilfestellung geben für deren wirtschaftspolitischen Vorhaben in den nächsten 12 bis 18 Monaten. Ziel der Empfehlungen sind die Stärkung des Fundaments für nachhaltiges und inklusives Wachstum. Konkret empfiehlt die Kommission den Mitgliedstaaten Struktur-reformen zur Verbesserung des Geschäftsklimas und der Investitionsbedingungen. Außerdem fordert sie, den Zugang von kleinen und mittleren Betrieben zu Finanzierung zu erleichtern.

Zudem schlägt die Kommission Maßnahmen zur Erhöhung der Resilienz gegenüber langfristigen Risiken durch den demographischen Trend, Migration und Klimawandel vor. Dies sei eine Voraussetzung für nachhaltige ökonomische Konvergenz und das Ausmerzen von Ungleichheiten.

Ein weiterer Fokus der Empfehlungen sind die sozialen Herausforderungen im Rahmen der Europäischen Säule für Sozialrechte. Darunter fallen der Ausbau von Aus- und Weiterbildungsprogrammen, die Effektivität und Angemessenheit der jeweiligen nationalen sozialen Netze und die Verbesserung des sozialen Dialogs.

[Österreich](#) empfiehlt die Kommission die Einhaltung der budgetären Ziele im Jahr 2019 nach den Regeln des Wachstums- und Stabilitätspakts und die Fortsetzung der Maßnahmen zur Erhöhung des Pensionsantrittsalters. Außerdem schlägt die Kommission vor, die Steuerbelastung durch die Entlastung von Niedrigeinkommen anzugleichen, die Förderung von Frauen auf dem Arbeitsmarkt zu fördern und die Unterstützung der Wirtschaft bei der Digitalisierung auszubauen.

[Mehr Informationen](#)



# Sonstiges

## EuG-Urteil geht zu Gunsten der Bienen aus

**Das Gericht der EU (EuG) hat eine Klage von Chemiekonzernen gegen bestehende Beschränkungen von bienenschädlichen Pestiziden abgewiesen.**

Im Jahr 2013 schränkte die Kommission die Verwendung von drei Neonicotinoiden stark ein. Diese gelten als äußerst schädlich für Bienen und andere Insekten. Gegen diese Einschränkungen hatten die Chemiekonzerne Bayer, BASF und Syngenta geklagt. Das EuG bestätigte indes die Rechtmäßigkeit der Maßnahmen.

Die Kommission habe darlegen können, dass „in Anbetracht der erheblichen Verschärfung der Anforderungen daran, dass keine unannehm-

baren Auswirkungen der Wirkstoffe auf die Bienen vorhanden seien, die von der EFSA (Europäische Behörde für Lebensmittelsicherheit) festgestellten Gefahren den Schluss zuließen, dass die drei fraglichen Wirkstoffe nicht mehr den Zulassungskriterien entsprechen“, so die Begründung.

[Mehr Informationen](#)



# Laufende Konsultationen

Die Europäische Kommission bietet eine Reihe an Möglichkeiten der Bürgerbeteiligung. [Öffentliche Konsultationen](#) ermöglichen es Ihnen, sich während verschiedener Phasen des Beschlussfassungsverfahrens zu EU-Strategien zu äußern. Die neuesten der laufenden Konsultationen finden Sie in der folgenden Liste.

## [Öffentliche Konsultation zu Verbrauchsteuern auf Tabakwaren und zur möglichen Besteuerung neuartiger Tabakerzeugnisse](#)

Öffentliches Gesundheitswesen , Steuern  
23. Mai 2018 - 3. September 2018

## [Öffentliche Konsultation zur Bewertung der Europäischen Beobachtungsstelle für Drogen und Drogensucht \(EMCDDA\)](#)

Grenzen und Sicherheit, Öffentliches Gesundheitswesen  
18. Mai 2018 - 10. August 2018

## [Öffentliche Konsultation als Beitrag zur Eignungsprüfung für die Luftqualitätsrichtlinien der EU](#)

Umwelt  
8. Mai 2018 - 31. Juli 2018

## [Öffentliche Konsultation zur Bewertung des 7. Umweltaktionsprogramms](#)

Umwelt und Klimaschutz  
3. Mai 2018 - 26. Juli 2018

## [Öffentliche Konsultation zur Eingliederung Langzeitarbeitsloser in den Arbeitsmarkt](#)

Beschäftigung und Soziales  
2. Mai 2018 - 31. Juli 2018

## [Studie zur Unterstützung der Bewertung des Gebührensystems der Europäischen Arzneimittel-Agentur](#)

Öffentliches Gesundheitswesen  
2. Mai 2018 - 2. August 2018

## [Öffentliche Konsultation über Maßnahmen zur Verbesserung der Wirksamkeit der Bekämpfung illegaler Online-Inhalte](#)

Digitale Wirtschaft und Gesellschaft  
30. April 2018 - 25. Juni 2018

## [Öffentliche Konsultation zur offenen Methode der Koordinierung für die Aquakultur in der EU](#)

Maritime Angelegenheiten und Fischerei  
26. April 2018 - 20. Juli 2018





## Europäische Kommission

Die Tagesordnung der wöchentlichen Sitzung der Europäischen Kommission finden Sie [hier](#).

## Europäisches Parlament

Den Entwurf der Tagesordnung finden Sie [hier](#).

Den Video-Stream der letzten Plenarsitzung finden Sie [hier](#).

## Rat der Europäischen Union

Die aktuellen Ratssitzungen finden Sie [hier](#).

## Europäischer Gerichtshof

Zum Kalender des Europäischen Gerichtshofs für die folgende Woche gelangen Sie [hier](#).

## Ausschuss der Regionen

Zum Sitzungskalender des AdR gelangen Sie [hier](#).

## Stellenausschreibungen

Zu den laufenden Stellenausschreibungen in der EU gelangen Sie [hier](#).

## EU-Bookshop

Interessante Veröffentlichungen aus der EU finden Sie [hier](#).

---

### Impressum

Gemeinsame Vertretung der Europaregion Tirol -  
Südtirol - Trentino bei der EU

Land Tirol

Rue de Pascale 45-47

B-1040 Brüssel

Tel.: 0032 2 743 27 00

Fax: 0032 2 742 09 80

E-Mail: [info@alpeuregio.eu](mailto:info@alpeuregio.eu)

Homepage: [www.alpeuregio.org](http://www.alpeuregio.org)

Redaktion und Bearbeitung:

Direktor Mag. Dr. Richard Seeber

Michael Jennewein, BA

---

### Abbildungsverzeichnis

Seite 2: <https://fr.freeimages.com/photo/harvest-5-1392921>